

1. Familienpolitik und Grundgesetz (GG)

Bereits im 5. Familienbericht (1994, Seite 21) wurde eine „strukturelle Rücksichtslosigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber den Familien“ beschrieben. Das wurde besonders durch unser Rentenrecht begründet, das den wirtschaftlichen Gewinn der Kindererziehung durch die Lohnbindung der gesetzlichen Renten größtenteils auf kinderlose Erwerbstätige umlenkt, obwohl die Investitionskosten weiter überwiegend von den Eltern getragen werden müssen. Diese Rücksichtslosigkeit gegenüber Eltern und Kindern wurde seitdem nicht abgebaut, sondern im Rahmen der „Gleichstellungspolitik“ eher noch weiter verschärft. Das führte und führt u.a. zu einer zunehmenden relativen Verarmung von Familien, zu erschwerten Erziehungsbedingungen und einem Geburtenmangel.

- Hält es Ihre Partei für mit dem GG (Art. 6,1) vereinbar, dass Kosten und Wertschöpfung der Kindererziehung so stark auseinanderfallen, wie das seit Jahrzehnten der Fall ist, indem die erwerbstätig gewordenen Kinder den kinderlosen Erwerbstätigen, die weniger Kinderkosten getragen haben, in der Regel höhere Renten finanzieren müssen als den eigenen Eltern?

- Hält es Ihre Partei für mit dem GG (Art. 6,2) vereinbar, dass der Staat über die gesetzliche Zuerkennung oder Nicht-Zuerkennung staatlicher Leistungen, Eltern in ihrer Entscheidung, wie sie ihre Kinder erziehen, zu beeinflussen versucht, wie das durch die Ausgestaltung des Elterngeldgesetzes und die ausschließliche Finanzierung der Fremdbetreuung geschieht?

Für DIE LINKE. Rheinland-Pfalz ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen - unabhängig von Familienkonstellation, Trauschein, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Das gesellschaftliche Leben ist vielfältig und das Familienrecht sowie die Familienpolitik müssen sich dieser Realität anpassen. Deshalb setzen wir uns gegen Diskriminierung von unterschiedlichen Familien- und Lebensmodellen und für eine soziale Absicherung ein, die alle wirksam vor Armut schützt.

Wir halten es für falsch, einen Gegensatz zwischen Eltern und kinderlosen Erwerbstätigen in Bezug auf die Rentenfinanzierung zu konstruieren. DIE LINKE. setzt sich für eine Stärkung der gesetzlichen Rente ein. Deshalb fordern wir, dass alle Erwerbseinkommen in die Rentenversicherung eingehen. Dazu zählen Selbstständige, Beamt:innen und Politiker:innen. Zudem möchten wir die Kosten der Rentenversicherung paritätisch zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen ausgestalten und die Beitragsbemessungsgrenze aufheben. Kindererziehung und Pflege möchten wir deutlich besser in der Rentenversicherung absichern. Außerdem möchten wir allen Riester-Sparer:innen ermöglichen, das bisher angesparte Kapital freiwillig in die gesetzliche Rentenversicherung zu übertragen. Gute Rente braucht gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne. Deswegen setzen wir uns für einen Mindestlohn von 14 € ein und möchten prekäre Beschäftigung sowie den Niedriglohnsektor bekämpfen. Auf diese Weise kann die gesetzliche Rente gestärkt werden, ohne Lebensmodelle in dieser Gesellschaft gegeneinander auszuspielen. Wir halten die oben angedeutete ökonomistische Sicht von Kindern mit Begriffen von „Wertschöpfung der Kindererziehung“ und „Kinderkosten“ für sehr problematisch.

Wir sehen darüber hinaus keine Beeinflussung von Eltern in ihrer Entscheidung durch den Staat, wie sie ihre Kinder erziehen, durch das Elterngeld und Elternzeitgesetz oder die Möglichkeit zur Nutzung von Kitas oder anderen Einrichtungen zur Betreuung von Kindern. Zahlreiche Studien zeigen, dass Eltern den Wunsch haben, Beruf und Familie besser vereinbaren zu können und die Sorgearbeit in den Familien partnerschaftlich aufzuteilen.

Durch gesellschaftliche Rollenbilder der Geschlechter, die in dieser Gesellschaft leider immer noch stark sind, wie es sich beispielsweise auch in der Corona-Krise zeigt, in der Frauen den Großteil von Sorgearbeit und Home-Schooling übernehmen und den immer noch großen Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen, sind viele Eltern weiterhin daran gehindert, Lohn- und Sorgearbeit so aufzuteilen, wie sie es sich wünschen. Elterngeld und Einrichtungen zur Kinderbetreuung sind dabei gute Angebote, die Eltern nutzen können, um sie bei ihrem Wunsch nach mehr Partnerschaftlichkeit zu unterstützen. DIE LINKE. setzt sich für eine Weiterentwicklung dieser Angebote ein. Wir wollen Kinderbetreuung weiter ausbauen und qualitativ verbessern und das Elterngeld stärker auf Partnerschaftlichkeit ausrichten sowie ärmere Familien besser durch das Elterngeld unterstützen.

2. „Kinderrechte“ ins Grundgesetz?

Aktuell bestehen Bestrebungen, im GG „Kinderrechte“ besonders aufzuführen. Das wird damit begründet, dass die Rechte der Kinder besser geschützt werden sollen. Tatsächlich werden die Rechte der Kinder aber heute besonders durch staatliches Eingreifen eingeschränkt. So wird etwa dem wichtigen Kinderrecht auf elterliche Betreuung durch die einseitige Finanzierung der Fremdbetreuung entgegengewirkt. Insgesamt wirkt sich die Abwertung der elterlichen Erziehungsarbeit im Sozialrecht nicht nur zum Nachteil der Eltern, sondern auch zum Nachteil der Kinder aus. Laut dem bestehenden GG sind die Eltern die wichtigsten Wahrer der Kinderrechte. Eine besondere Erwähnung im GG könnte den Eindruck vermitteln, als habe der Staat ein stärkeres Eingriffsrecht als nach dem bisherigen Wortlaut. So könnte etwa eine Krippenpflicht zum „Kinderrecht“ erklärt werden.

· Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass das Kinderrecht auf Betreuung durch die Eltern besser verwirklicht wird? Wie soll der Gefahr vorgebeugt werden, dass eine neue Passage im GG zum Vorwand genommen wird, die Erziehungsarbeit der Eltern noch stärker zu behindern, als das schon bisher geschieht?

Wie oben bereits ausgeführt, stellt das Recht auf Kinderbetreuung ein Angebot dar, Einrichtungen zur Betreuung von Kindern zu nutzen. Von einer Einschränkung der Rechte von Kindern oder der Eltern kann aus Sicht der LINKEN Rheinland-Pfalz keine Rede sein. Gute Kitas und Kindergärten sind Orte des sozialen Lernens. Sie können dazu beitragen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern und die soziale Ungleichheit abzubauen. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz setzt sich für eine bessere Finanzierung von Kitas ein. Wir wollen mehr Kitaplätze schaffen und die Qualität von Kitas erhöhen. Dazu ist es auch notwendig, Erzieher:innen besser zu bezahlen und für multiprofessionelle Teams in Kitas zu sorgen. DIE LINKE. setzt sich für eine Verankerung der Rechte von Kindern im Grundgesetz ein. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen und sie haben ein besonderes Bedürfnis nach Förderung, Beteiligung und Schutz. Diese Rechte möchten wir im Grundgesetz festschreiben und damit die Rechtsposition von Kindern gegenüber dem Staat stärken.

3. „Gleichstellungspolitik“

Die Landesregierungen tragen über den Bundesrat auch eine Mitverantwortung für die Bundespolitik. Unter dem Begriff „Gleichstellungspolitik“ versucht die gegenwärtige Bundesregierung den Eindruck zu erwecken, als diene diese der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Tatsächlich wird aber lediglich eine Gleichstellung im Bereich der herkömmlichen Erwerbsarbeit angestrebt. Das führt zu einer weiteren Abwertung der elterlichen

Erziehungsarbeit, was die Entstehung einer festen Bindung zwischen Eltern und Kind erschwert. Nach überzeugenden wissenschaftlichen Erkenntnissen belastet eine mangelnde Bindung des Kindes an die Eltern die Entwicklung von Selbstbewusstsein und späterer Lern- und Bildungsfähigkeit. Die einseitige Orientierung am erwerbsfixierten Denken führt zu einer strukturellen Benachteiligung aller Eltern, da die Erziehungsarbeit einen wesentlichen Teil ihrer Lebensarbeitsleistung ausmacht. Auch eine stärkere Einbeziehung der Väter würde an der Diskriminierung der Erziehungsarbeit gegenüber der Erwerbsarbeit nichts ändern, solange deren Honorierung verweigert wird. Die bestehende Geringbewertung der Erziehungsarbeit ist nicht mehr zeitgemäß, weil deren wirtschaftliche Wertschöpfung (besonders aufgrund des Rentenrechts) nicht mehr allein den Eltern zugutekommt, wie das früher der Fall war, sondern allen Erwerbstätigen.

· Wird sich Ihre Partei für eine Gleichberechtigung der Mütter und Väter auf der Grundlage einer Gleichbewertung von Erziehungsarbeit und herkömmlicher Erwerbsarbeit einsetzen, auch wenn die Kinder länger als das erste Lebensjahr von den Eltern selbst betreut werden?

Wie bereits ausgeführt, zeigen zahlreiche Studien, dass Eltern den Wunsch haben, Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Zudem wünschen sich viele Eltern Sorge- und Erwerbsarbeit partnerschaftlicher aufzuteilen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die gesellschaftlichen Bedingungen zu verbessern, damit Eltern Beruf und Familie besser vereinbaren können. Dazu gehört u.a. ein Ausbau und eine qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung, eine Reform des Elterngeldes, um die partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit zu unterstützen sowie Maßnahmen, um die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen abzuschaffen und Berufe, in denen überwiegend Frauen tätig sind, aufzuwerten.

Aus unserer Sicht handelt es sich dabei um eine Stärkung der Wahlmöglichkeiten von Familien und nicht um eine Benachteiligung von Eltern.

4. Honorierung der elterlichen Erziehungsarbeit

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 21. Juli 2015 die Zuständigkeit für ein Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder unter drei Jahren nicht in einer Krippe oder bei einer staatlich anerkannten Tagesmutter betreuen lassen, den Ländern zugeordnet. Damit liegt es im Verantwortungsbereich der Länder, die bisherige Diskriminierung selbst betreuender Eltern abzubauen.

• Wird sich Ihre Partei im Landtag dafür einsetzen, dass eine finanzielle Gleichberechtigung von Eltern, die ihre U3-Kinder selbst betreuen, verwirklicht wird, um eine echte Wahlfreiheit herzustellen?

Aus unserer Sicht besteht keine Diskriminierung von Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen und nicht das Angebot eines Kitaplatzes in Anspruch nehmen. Insofern besteht keine Notwendigkeit eine sogenannte „Herdprämie“ einzuführen.

Es existieren jedoch ein großer Bedarf an Kita-Plätzen und ein Bedarf an einer qualitativen Verbesserung der Kinderbetreuung. Deshalb setzt sich DIE LINKE. Rheinland-Pfalz für einen Ausbau und eine bessere Finanzierung ein.

